WILL HAMBURG RUNTER VOM SIEGERTREPPCHEN?

Die Parteien wollen das von Mehr Demokratie durchgesetzte Wahlrecht wieder zurück drehen. Und auf den Plan, per Volksentscheid im Stadtstaat eine echte kommunale Ebene einzuziehen, reagieren Politik und Medien geradezu hysterisch.

TEXT **ANGELIKA GARDINER** FOTO **MARLIES SCHWARZIN / PIXELIO**

Einheitsgemeinde mit 1,7 Millionen Einwohner/innen: Hamburgs Bezirke und Ortsteile haben weit weniger Befugnisse als Städte und Gemeinden anderswo in Deutschland.

Hamburg hat gewählt – zum zweiten Mal nach dem neuen, stark personalisierten Bürgerschaftswahlrecht, das Mehr Demokratie maßgeblich mit durchgesetzt hat. Zweimal fünf Stimmen in 17 Wahlkreisen – Kumulieren und Panaschieren gilt jetzt auch in der Hansestadt nicht mehr als unbegreiflich exotisch. So weit, so gut. Wenn nur die Spitzenpolitiker/innen nicht so schlechte Verlierer/innen wären! Sie nehmen immer noch übel, dass das alte, für Parteien so bequeme Einstimmen-Wahlrecht vor zehn Jahren per Volksentscheid abgeschafft wurde.

Passend dazu hatten die Hamburger Medien im Vorfeld ein Wahldesaster prophezeit – zu kompliziert, zu teuer, zu viele Kandidierendennamen. Presse, Funk und Fernsehen lieferten die perfekte Ausrede für alle, die nicht wählen wollten, entweder weil Sieger Olaf Scholz ohnehin feststand. Oder weil sie sich längst in die Schar der Nicht-Wähler/innen eingereiht hatten. Die Sonntagsausgabe der FAZ titelte gar: „Zu viel Demokratie schadet der Demokratie“.

Nun stellte sich aber heraus, dass die Wahlbeteiligung nur um 0,4 Prozent gegenüber 2011 abgenommen hat. Sie wäre gar nicht gesunken, wenn nicht zum ersten Mal die 16- und 17-jährigen wahlberechtigt gewesen wären. Trotz massiver Werbung machten nur 28 Prozent dieser rund 27.000 Jugendlichen von ihrem neuen Recht Gebrauch – und senkten dadurch die landesweite Wahlbeteiligung auf 56,9 Prozent. Hamburg liegt damit im unteren Mittelfeld der Bundesländer. Das ist zwar nicht schön, aber keine Katastrophe, die dem Wahlrecht anzulasten wäre. Sollte dieses Ergebnis nicht doch etwas mit dem schwindenden Ansehen der Parteien zu tun haben?

Deren Vertreter/innen hören so etwas nicht gern. Sie lassen auch ungern zu, dass ihre sorgfältig austarierten Listenreihungen verändert werden. „Fairnessabkommen“ nannten sich die Tricks, mit denen SPD, CDU, Grün-Alternative Liste und DIE LINKE versuchten, Erfolge von Kandidierenden der hinteren Listenplätze zu verhindern. Trotzdem gerieten Leute ins Landesparlament, die selbst von ihren eigenen Parteien da nicht unbedingt gewollt waren, während andere Kandidierende, die sich parteiintern hochgedient hatten, im politischen Nirwana verschwanden.

Nur Tage nach der Wahl machten Gerüchte die Runde, die sich vorher bereits angedeutet hatten: Das volksbeschlossene Wahlrecht soll kastriert werden. Im April will sich der Verfassungsausschuss der Bürgerschaft damit befassen. Wahlsieger Olaf Scholz hält sich im Hintergrund – wie immer, wenn er seinen Willen durchsetzen will, ohne seinem Ruf zu schaden. Fest steht jedoch: Ein Freund der direkten Demokratie war er nie, unter Bürgerbeteiligung verstehen er und viele seiner Elbgenoss/innen bestenfalls unverbindliche Info-Abende. Bürgerinitiativen erlebten in den ersten vier Jahren Scholz-Regierung regelmäßig, wie ihre Anliegen abgewürgt wurden. Im SPD-Wahlprogramm kam der Begriff „Bürgerbeteiligung“ nicht einmal mehr vor.

Auch die Stärkung der Bezirke, seit vielen Jahren eine nie umgesetzte Lieblingsforderung aller etablierten Parteien, spielte im Wahlkampf keine Rolle – vermutlich, weil das politische Hamburg wusste, dass dieses Thema diesmal zu unangenehmen Debatten führen würde. Mehr Demokratie hatte es seit Monaten ins Gespräch gebracht und wollte eigentlich schon im Januar die entsprechende Volksinitiative starten. Hamburg solle zerschlagen werden – so lautete der erste konzertierte Aufschrei, als das Vorhaben durchsickerte. Noch bevor irgendjemand die Gesetzentwürfe kannte, hagelte es Anschuldigungen, Vorwürfe und Besserwissereien.

Hamburg bestand bis 1937 aus vier Städten und 24 Gemeinden. Dass es künftig wieder eine kommunale Ebene geben soll, sorgt für Aufruhr. Besonders der Vorschlag, mehr und dafür besser überschaubare Bezirke einzurichten, geht vielen zu weit. Vor allem die in Hamburg übermächtige Zentralverwaltung ist dagegen. Dabei ist die Idee nicht neu. Mit ähnlichen Reformansätzen sind aber schon die Bürgermeister Henning Voscherau (SPD) und Ole von Beust (CDU) gescheitert. Heute ist im Stadtstaat Hamburg die Landesregierung bis zum kleinsten Straßenschild für alles und jedes zuständig. Die sieben Bezirke und die – frei gewählten! – Bezirksversammlungen sind weisungsgebundene Verwaltungsableger des Senats ohne abschließende Entscheidungskompetenz. Selbst einstimmige Beschlüsse sind nur Empfehlungen an den Senat, die der nicht umsetzen muss. Das hat Folgen für jeden Bürgerentscheid: Laut Gesetz darf er nicht mehr bewirken als ein Beschluss einer Bezirksversammlung, und das ist, siehe oben, nicht eben viel.

Der Hamburger Landesverband von Mehr Demokratie hat – wegen der notwendigen „Einheit der Materie“ – ein aus zwei Gesetzentwürfen bestehendes Paket vorbereitet. Unter anderem soll Artikel 4 der Hamburger Landesverfassung geändert werden, in dem es heißt: „In der Freien und Hansestadt Hamburg sind staatliche und gemeindliche Tätigkeit nicht getrennt.“ Geplant ist die Einführung des Subsidiaritätsprinzips, das besagt: Was auf der unteren Ebene entschieden werden kann, soll auch dort entschieden werden. Auch Grundgesetzartikel 28 sieht das vor: „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ Doch dazu braucht das Bundesland Hamburg überhaupt erst mal Kommunen, also eine große Strukturreform.

Wie in der Volksgesetzgebung Hamburgs vorgesehen, reichte Mehr Demokratie die Gesetzentwürfe beim Landeswahlamt zur Überprüfung und Beratung ein. Stellungnahmen der Fachbehörden lagen vor der Bürgerschaftswahl nur teilweise vor – ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Nur so viel ist klar: Die Causa wird vor dem Landesverfassungsgericht landen, und dabei werden grundsätzliche Demokratie-Fragen geklärt werden müssen.

Mehr Demokratie Hamburg hat schwierige Zeiten vor sich. Das Wahlrecht verteidigen und die neue Initiative starten – das wird ein Kraftakt, der es in sich hat. /

Angelika Gardiner
Journalistin, Mitglied im Landesvorstand von Mehr Demokratie Hamburg.